

# SÜDKURIER

vor 16 Stunden [Annette Mahro](#)

## Metrobasel-Treffen thematisiert Brexit

Metrobasel-Veranstaltung im Großratssaal. EU-Abgeordneter Andreas Schwab zu Gast. Masseneinwanderungsinitiative und die Brexit-Folgen für die Schweiz Thema bei Diskussion



Der Europaparlamentarier Andreas Schwab und der Schweizer Nationalrat Martin Naef waren Hauptredner an der Metrobasel-Diskussionsveranstaltung zu den Folgen des Brexit für die Schweiz. Bild: Annette Mahro

Basel – „Wir werden ein Fokussieren auf die positiven Elemente beim Ausblenden der negativen nicht zulassen.“ Die Formulierung des Europaparlamentarier Andreas Schwab (CDU) zum Umgang der EU mit der Schweizer Masseneinwanderungsinitiative (MEI) lässt keinen Interpretationsspielraum. Am bösen Begriff der Rosinenpickerei kommt sie dennoch vorbei.

Schwab war Gastredner des jüngsten Metrobasel-Treffens im Basler Großratssaal, das die Situation der Schweiz nach dem Brexit zum Thema hatte. Wer den vollen Marktzugang zum europäischen Binnenmarkt will, für den führe kein Weg vorbei an den vier Grundfreiheiten der Europäischen Union, die den freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital umfassen, daran erinnerte der Schwab, der im EU-Parlament unter anderem als Mitglied der Delegation für die Beziehungen zur Schweiz fungiert. Durch die Abstimmung der Briten habe sich natürlich der Druck erhöht, die vier Säulen nicht in Frage zu stellen. Was für Großbritannien gilt, kann für die Schweiz nicht ausgesetzt werden.

An der bereits dritten Metrobasel-Veranstaltung zur MEI und den durch sie infrage gestellten bilateralen Verträgen mit der EU betonte Schwab gleichwohl: „Wir wissen auf deutscher Seite um die Vorteile einer guten Zusammenarbeit.“ Das gelte nirgends mehr als in der Grenzregion. Umgekehrt erinnerte der Schweizer Nationalrat Martin Naef (SP) seine Landsleute: „Es geht auch um unsere Freiheit.“ Schließlich reisten bisher auch Schweizer ungehindert in Europa und studierten oder arbeiteten jenseits der eigenen Landesgrenzen.

Naef ist in Bern Co-Präsident der parlamentarischen Gruppe Schweiz-EU aber auch seit Jahren ein Befürworter eines EU-Beitritts. Mit dem hauchdünnen Nein der Schweizer Wähler zum Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum habe 1992 die Misere ihren Anfang genommen, so Naef. Für die auch beim MEI wortführende Schweizerische Volkspartei SVP sei das die erste Sternstunde gewesen. Auch damals wurde die Debatte hochemotional geführt. Nach der MEI, die es wie die EWR-Ablehnung auf 50,3 Prozent der Stimmen brachte, sieht Naef jetzt zwar einen Ideenbasar im eigenen Land, wie die bilateralen Verträge mit der EU dennoch zu retten seien, jedoch keine Lösung. Der durch die MEI in die Verfassung neu verankerte Artikel 121a, nach dem die Schweiz ihre Zuwanderung eigenständig regelt und auch die Grenzgängerströme begrenzt, ist mit den EU-Verträgen nicht vereinbar. Dies gelte zumindest dann, wenn man den Artikel wortgetreu umsetze. Darüber herrschte Einigkeit bei dem sich an die Referate anschließenden Podium. Wie den Volkswillen aber anders als wortgetreu umsetzen?

Was den Stichtag 9. Februar 2017 betrifft, sind Gespräche über eine im Einvernehmen mit der EU gefundene Schutzklausel und eine Absegnung möglicher Lösungen durch die Parlamente ohnehin kaum mehr möglich. Tritt doch der EU-Ministerrat am 18. Juli letztmals vor der Sommerpause zusammen. „Bis dahin“, darauf pochte jetzt Metrobasel-Direktorin Regula Ruetz, „müsste eine Lösung gefunden sein.“

„EU-Parlamentspräsident Martin Schulz hatte jüngst im Schweizer Fernsehen gesagt, dass er es für wünschenswert halte, über eine Übergangslösung nachzudenken. Darauf setzen jetzt auch die MEI-Gegner, ohne schon sagen zu können, was nach einer Übergangslösung passiert, die nur zu einer erneuten Abstimmung führen kann oder zum endgültigen Aus der bilateralen Verträge. „Wir werden versuchen, unseren Schweizer Nachbarn mit Worten eine Brücke zu bauen“, nahm Schwab die Initiative auf. Gleichzeitig setzt er auf die abschreckende Wirkung des britischen Beispiels: „Ich glaube, dass der Brexit der Schweizer Bevölkerung klarmachen könnte, was passiert.“ Wenn die erste Bank ihren Sitz verlege, wäre das Signal möglicherweise deutlicher als der Schaden und die Investitionszurückhaltung, von der Wirtschaftsverbände seit drei Jahren sprechen.“